

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Herausgeber: Abonnementpreis 0,75 M.;
bei freier Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 18 Pf. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung der Verbände- und Bezirks-Vorstände
vom
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Vereins-Zentralrat)
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/223.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 25 Pf., Familienamt, 15 Pf.
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalder Straße 221/223.
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 23.

Berlin, Mittwoch, 22. März 1911.

Dreihundvierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis:

Enttäuschungen. — Eberne Gesetze im Wohnungswesen. — Der Streit der Formier- und Giebereiarbeiter in Chemnitz. — Allgemeines Rundschau. — Gewerkevereine. Tell. — Verbände-Tell. — Anzeigen.

Die höchste Zeit

Ist es jetzt, das Abonnement auf den „Gewerkeverein“ zu erneuern und freiwillige Abonnenten zu gewinnen.

Wichtige Ereignisse

stehen für das kommende Quartal bevor und werden im Verbandsorgan besprochen werden. Auch die Delegiertentage der einzelnen Gewerkevereine werfen bereits ihre Schatten voraus. Alle diese Katastrophen erleidern die Werbearbeit. Darum, Kollegen, auf zur Tat! Suche in jeder „Gewerkeverein“ in immer weitere Kreise Eingang zu verschaffen.

Enttäuschungen.

Bei der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern lassen die Redner der verschiedenen Parteien von ihrem Standpunkte aus die sozialpolitischen Ereignisse Revue passieren und bringen ihre Wünsche und Forderungen zum Ausdruck. Der zuständige Staatssekretär, der ihnen Rede und Antwort stehen muß, benutzte in der Regel die Gelegenheit, eine Art Programm zu entwickeln, oder doch wenigstens etwas über seine nächsten Absichten und Pläne zu verkünden. Der Staatssekretär Dr. Delbrück befand sich diesmal in einer angenehmeren Lage als seine Vorgänger. Seit Jahren schon wollten die Klagen über die sozialpolitische Unfruchtbarkeit nicht verstummen. Keine größere sozialpolitische Vorlage hatte den Reichstag beschäftigt. Jetzt liegt die Sache etwas anders. Im Schoße von Kommissionen ruhen das Arbeiterkammergesetz, die Reichsversicherungsordnung und die Novelle zur Gewerbeordnung, welche die Regelung der Heimarbeit bezweckt. Der Entwurf einer Versicherung der Privatangestellten beschäftigt den Bundesrat und wird anscheinend wirklich noch dem Reichstag unterbreitet werden. An sozialpolitischen Plänen also fehlt es wahrlich nicht, und Herr Dr. Delbrück wußte sich immerhin etwas zuzugute zu tun auf den sozialpolitischen Eifer der Reichsregierung.

Aber was ist schließlich den Arbeitern und Angestellten gebient mit noch so vielen Entwürfen, wenn sie nicht auch zu Gesetzen erhoben werden! Gerade aber in dieser Beziehung sieht es recht trübe aus. An die Verabschiedung des Arbeiterkammergesetzes glaubt kaum noch jemand ernstlich. Ob es gelingt die Reichsversicherungsordnung noch in diesem Jahre unter Dach und Fach zu bringen, ist zum mindesten zweifelhaft, und auch das Schicksal des Heimarbeitergesetzes ist noch keineswegs entschieden. Der oberflächliche Beurteiler könnte danach leicht zu dem Schlusse gelangen, als wenn die Regierung in jeder Hinsicht ihre Pflicht getan und einzig und allein der Reichstag die Schuld hätte, daß so wenig positive Erfolge erzielt worden sind. Dieser Schluss aber wäre falsch. Der Reichstag hat fleißig gearbeitet. Das muß ihm auch derjenige zugestehen, der die Art seiner Arbeit nicht billigt. Wenn trotzdem nichts erreicht worden ist, so ist die Ursache darin zu finden, daß die Regierung ihre Vorlagen mit allerlei Bestimmungen bedacht

hat, die die in ihnen enthaltenen Fortschritte aufzuheben geeignet waren. Wo aber der Reichstag bemüht war, diesen lästigen Bestand auszumergen und Besserungen einzuführen, da kam die Regierung sofort und setzte ein Unannehmbar entgegen. Wir erinnern nur an die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre und die Einbeziehung der Staatsarbeiter beim Arbeiterkammergesetz. Nehulich ist es mit dem Heimarbeiterschutzgesetz. Von der Einführung von Lohnämtern, die einzeln und allein in der Lage sind, die schlimmste Ausbeutung der Heimarbeit zu beseitigen, will die Regierung trotz der günstigen Erfahrungen in anderen Ländern nichts wissen. Die Reichsversicherungsordnung soll dazu dienen, die Rechte, welche die Arbeiter in der Arbeiterversicherung noch haben, zu schmälern und einzunengen. Bei jedem Schritt vorwärts macht die Regierung drei Schritte rückwärts. Eine rechte Freude über ihre Sozialpolitik kann deswegen nicht aufkommen. Der Arbeiter und Angestellte bemächtigt sich eine immer größere Enttäuschung, und diese Enttäuschung ist auch bei den Staatsberatungen zum Ausdruck gelangt. Ein starker Resignismus lag aus allen Reden heraus und gab dem Staatssekretär zu erkennen, daß der Reichstag in seiner Mehrheit die Gewerkschaft, die Herr Dr. Delbrück zu empfinden scheint, nicht teilt.

Neben den sozialpolitischen Materien, die dem Reichstage bereits vorgelegt sind, gibt es noch eine ganze Reihe von Forderungen, die seit einigen Jahren immer und immer wieder erhoben werden. Da ist die Frage der gesetzlichen Regelung der Tarifverträge. Von ihr behauptet der Staatssekretär, daß der Zeitpunkt dafür noch nicht gekommen sei. Er hält sie überhaupt für undurchführbar, ohne daß den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit verliehen ist. Aber auch der Verleibung dieser Rechtsfähigkeit stehen nach Ansicht des Staatssekretärs „große Schwierigkeiten“ entgegen, das heißt mit anderen Worten, daß an eine Regelung des Tarifrechtes in absehbarer Zeit nicht gedacht werden kann.

Wenn man sich das alles vergegenwärtigt, so muß man zu dem Resultat kommen, daß die Sozialpolitik auch in der Ära Delbrück nicht fruchtbarer geworden ist; das Schneckentempo ist auch weiter beibehalten worden. Mit schönen Worten ist den Arbeitern nicht geholfen. Praktische Taten aber fehlen vollständig. Ist es da ein Wunder, wenn die fortwährenden Enttäuschungen die bereits vorhandene Mißstimmung und Unzufriedenheit immer noch vergrößern? Auf der einen Seite werden die Massen der Arbeiter und Angestellten infolge einer verkehrten Wirtschafts- und Sozialpolitik immer drückender, auf der anderen Seite sieht man auch ihren berechtigtesten Wünschen ablehnend gegenüber. Die Staatsmänner, die eine solche Politik vertreten, sind schlecht beraten. Immer größere Mengen treiben sie hinüber in das Lager des Umsturzes; immer neues Wasser leiten sie auf die Mühlen der Sozialdemokratie.

Aber ein Gutes muß diese Kurzsichtigkeit der Regierung doch zur Folge haben. Mehr und mehr müssen die Enttäuschten einsehen, daß sie sich auf die Hilfe des Staates nicht verlassen dürfen, sondern daß sie mehr noch als bisher Gewicht legen müssen auf die Selbsthilfe. Der Ausbau und die Stärkung ihrer Organisation muß ihnen mehr denn je am Herzen liegen. In raskloser und unermüdblicher Agitation müssen sie die Indifferenten für die genossenschaftliche Selbsthilfe der Organisation zu gewinnen suchen. Nur wenn es gelingt, Preise zu legen in die Gleichgültigkeit der großen Massen, wird es möglich sein, wennstens das zu erhalten, was die Arbeitererschaft in unzähligen schweren Kämpfen sich errungen hat. Die Mit-

glieder der Deutschen Gewerkevereine dürfen in diesem Kampfe für die Organisation nicht im Hintertreffen stehen. Sie müssen das Banner vorantreiben, unter dem sich alle Arbeiter, gleichviel welches politische oder religiöse Glaubensbekenntnis sie haben, vereinigen können. Das Verlangen der Sozialpolitik, das Fiasco der Staatshilfe muß und wird dem Gedanken der Selbsthilfe neue Kraft verleihen.

Eberne Gesetze im Wohnungswesen.

Das Statistische Amt der Stadt Schöneberg hat vor einiger Zeit Erhebungen veranstaltet über das Verhältnis von Einkommen und Miete und von Wohnungsgröße und Miete, die vom Direktor der genannten Behörde, Kuczyński, kritisch beleuchtet worden sind. Die Wohnungsfrage ist von so einschneidender Bedeutung, daß es sich wohl lohnt, auf diese Veröffentlichungen etwas näher einzugehen.

Die früheste Unterfuchung der gedachten Art wurde im Jahre 1868 von dem damaligen Leiter des Statistischen Bureaus der Stadt Berlin, Schwabe, veranstaltet. Sie stieß auf dieselben Schwierigkeiten, die auch heute noch dieser Statistik entgegenstehen. Einmal läßt sich das Einkommen der ärmeren Klassen sehr schwer richtig feststellen. Der Verdienst ist unsicher und wechselnd, und der Gesamtverdienst der Familie wird oft durch die Mitarbeit der Ehefrau oder anderer Familienmitglieder oder durch Nebeneinnahmen bedingt, die sich der Feststellung entziehen. Auf der anderen Seite aber erklärt sich die Höhe der Wohnungsmiete oft auch dadurch, daß ein Teil der Wohnung zu gewerblichen Zwecken oder zu Abvermietungen dient. Schwabe suchte der ersten Schwierigkeit dadurch zu entgehen, daß er die Unterfuchung bei den geringeren Einkommen auf die wenigen staatlichen und städtischen Beamten beschränkte, deren Einkommen sich genau feststellen ließ, und daß er im übrigen nur die Personen mit mehr als 1000 Talern Einkommen berücksichtigte.

Leider ist die Unterfuchung in Berlin nicht wiederholt worden. Dagegen hat das Statistische Bureau in Hamburg, das der Berliner Anreize alsbald folgte, die Unterfuchung von vornherein auf breitere Grundlage aufgebaut und sie seitdem mehrmals in derselben Weise wiederholt. Die hamburgische Wohnungsstatistik ist in dieser Beziehung die bei weitem wichtigste. Sie umfaßt stets etwa 20 bis 30 Proz. aller Wohnungen, wobei diejenigen mit gewerblicher Benutzung und Abvermietungen ausgeschlossen wurden. Mehrfache Unterfuchungen sind 1875, 1885 und 1900 in Leipzig, 1880 in Dresden, 1880 und 1900 in Breslau, 1886 in Magdeburg und 1900 in Essen veranstaltet worden. Auch noch in einigen anderen Städten Sachsens sind ähnliche Erhebungen vorgenommen worden; überall aber konnte die Aufnahme sich wegen der geschützten Schwierigkeiten nur auf einen Teil der Wohnungen erstrecken.

Die Ergebnisse der einzelnen Städte können nicht ohne weiteres miteinander verglichen werden, da bei der Auswahl der für die Unterfuchung herangezogenen Wohnungen in verschiedener Weise verfahren wurde. Immerhin lassen sich einige übereinstimmende Züge feststellen. Der wichtigste ist der, daß der Teil des Einkommens, der für Miete ausgegeben werden muß, um so höher steigt, je niedriger das Einkommen selbst ist. Wir wollen dafür einige Beispiele anführen: So wurden bei einem Einkommen von etwa 900 bis 1200 M. (die Klassen sind in den Städten nicht immer gleichmäßig abgegrenzt) für Miete folgende Prozente des Einkommens ausgegeben: in Berlin

(1865) 20,3 Proz., in Hamburg (1867) 19,8 Proz. und (1900) 24,7 Proz., in Leipzig (1875) 20,9 Proz. und (1900) 18,8 Proz., in Dresden (1880) 17,3 Proz., in Breslau (1880) 21,0 und (1900) 20,0 Proz., in Magdeburg (1886) 22,7 bis 23,1 Proz., in Essen (1900) 21,4 bis 22,3 Proz. Dagegen bei Einkommen von etwa 3000 bis 3600 M. f.: in Berlin (1865) 27,5 Proz., in Hamburg (1867) 19,6 Proz. und (1900) 19,2 Proz., in Leipzig (1885) 18,2 bis 16,9 Proz. und (1900) 18,6 bis 16,3 Proz., in Dresden (1880) 15,8 bis 15,3 Proz., in Breslau (1880) 19,8 Proz. und (1900) 16,9 Proz., in Randeburg (1886) 18,4 Proz., in Essen (1900) 22,0 bis 21,7 Proz.

Bis hierher sind also die Unterschiede nicht sehr erheblich. Im allgemeinen ist zwar der Prozentanteil der Miete etwas geringer als bei dem Einkommen von 900 bis 1200 M. Es gibt aber auch Städte, wo er — mindestens an den betreffenden Zahlungsterminen — größer war. Von nun an fällt der Prozentfuß aber sehr beträchtlich. Er betrug bei Einkommen von etwa 10 000 bis 12 000 M. f.: in Berlin (1865) etwa 17,5 Proz., in Hamburg (1867) 13,2 bis 15,9 Proz. und (1900) 13,1 Proz., in Leipzig (1875) 12,0 Proz. und (1900) 13,7 bis 12,2 Proz., in Dresden (1880) 12,0 bis 11,4 Proz., in Breslau (1880) 13,7 Proz. und (1900) 11,3 Proz. und bei Einkommen von 30 000 bis 36 000 M. f.: in Berlin (1865) 9,1 Proz., in Hamburg (1867) 11,4 bis 7,4 Proz. und (1900) 7,3 bis 6,7 Proz., in Leipzig (1895) 6,7 bis 5,9 Proz. und (1900) 8,9 bis 5,3 Proz., in Dresden (1880) 10,1 bis 7,0 Proz., in Breslau (1880) 6,9 Proz. und (1900) 5,5 Proz.

In dem hohen Einkommen wird also für Miete nur die Hälfte bis ein Drittel desjenigen Einkommensprozentsatzes ausgegeben, der in den niedrigen Einkommen von 900 bis 1200 M. bezahlt werden muß. Dabei lassen die Hamburger Zahlen, die nach der ganzen Anlage der dortigen Zählung die zuverlässigsten sind, darauf schließen, daß der Prozentfuß in den unteren Einkommensklassen immer noch weiter steigt (1867 bis 1900 von 19,8 auf 24,7 Proz.), während er in den oberen sinkt. Zu bemerken ist auch, daß die Erhebungen bei Einkommen von weniger als 900 M. oft Ausgaben von 40 bis 50 Proz. des Einkommens ergeben. Doch sind diese Angaben, wie oben bemerkt, weniger zuverlässig.

In einer anderen Untersuchung wird das Verhältnis zwischen Wohnungsgröße und Miete behandelt. Dabei sind die Städte **P r i t z**, **A u g s b u r g**, **K o s e n** und **S c h ö n e b e r g** herangezogen. Die Schwierigkeiten des Vergleichs zwischen den einzelnen Städten sind hier besonders groß. Handelt es sich doch dabei um denjenigen Begriff, der als einer der schwierigsten auf dem Gebiete der Wohnungsstatistik bezeichnet werden muß, nämlich des Zimmers oder Wohnraumes, einen Begriff, der in den einzelnen Städten je nach Bauweise und Wohnart sehr verschieden ausgelegt wird. Mit Recht ist deswegen in der Untersuchung auch als Maßstab der Rauminhalt der Wohnung genommen worden und nicht etwa die Zahl der Räume oder die Bodenfläche. Erwähnt werden muß, daß ein Vergleich von Stadt zu Stadt nicht gut gezogen werden kann. Wohl aber läßt sich feststellen, wie hoch sich der Mietpreis für einen Kubikmeter in jeder einzelnen Stadt für die verschiedenen Wohnungsklassen stellt. Dabei ergibt sich in allen Städten das gleiche Resultat, nämlich daß überall der Mietpreis für einen Kubikmeter in den kleinsten, am dürftigsten ausgestatteten Wohnungen besonders hoch ist. Je kleiner die Wohnung, je ärmer die Bewohner, um so teurer bezahlen sie im Verhältnis zu dem Gebotenen ihre Unterkunft. Die kleinste Behausung von weniger als zehn Kubikmeter Luftraum ist fast fünfmal so teuer wie die etwa zwanzigmal so große Wohnung von etwa 220 Kubikmeter. Die Kleinwohnungen, auf welche die große Mehrheit der Bevölkerung angewiesen ist, sind um so billiger, je größer sie sind. Die großen Wohnungen aber sind billiger als die kleinen Wohnungen. Daraus geht also mit unzweifelhafter Gewißheit hervor: je kleiner die Wohnung, desto teurer die Miete.

Das sind sehr interessante Ergebnisse, die allen Kommunalpolitikern zu denken geben müßten, da sie in den verschiedenen Gemeinden gleichmäßig wiederkehren.

Der Streik der Former und Gießereiarbeiter in Chemnitz

Ist mit Beginn dieser Woche in ein neues Stadium getreten, indem die Unternehmer eine Aussetzung von 50 Prozent aller Metallarbeiter vornehmen. Der Metallarbeiterverband hat auch hier einen schweren Kampf eingeleitet, der weitere Kreise

in Mitleidenschaft ziehen wird. Am 20. Februar sandte die Bezirksleitung dieses Verbandes an alle Gießereibesitzer in Chemnitz ein Anschreiben, in welchem auf die Forderungen von 1904 (das bekannte Anschreiben des deutschen Metallarbeiterverbandes an die Industriellen betreffend) und vom Jahre 1906 hingewiesen worden ist mit dem Bemerkens, daß damals kein Abbruch herbeigeführt werden konnte. Diefem Anschreiben waren Vorschläge zur Einführung gerechter Lohn- und Arbeitsbedingungen für Former und Gießereiarbeiter in Chemnitz und Umgegend beigelegt. Es handelt sich also nicht mehr, wie dies früher der Fall war, um „Forderungen“ der Arbeiter, sondern den Unternehmern werden jetzt „Vorschläge“ unterbreitet.

In diesen Vorschlägen wird eine Arbeitszeit von 9½ Stunden pro Tag verlangt, gegen 10 Stunden nach dem jetzigen Zustande. Es sind darin weitere Bestimmungen über Überstunden, Sonntagsarbeit, Minimallohn, Affordreise und deren Regelung enthalten, für Festlohn soll der vereinbarte Stundenlohn gezahlt werden, wenn der Guß der Former unter Vorbehalt abgenommen worden ist. Die Lohnzahlung soll möglichst wöchentlich des Freitags erfolgen u. a. m. Außerdem enthalten die Vorschläge eine Reihe Bestimmungen über Betriebssicherheit und hygienische Einrichtungen in den Gießereien.“

Gleichzeitig mit diesem Anschreiben an die einzelnen Gießereibetriebe wurden die Vorschläge auch dem Chemnitzer Bezirksverband deutscher Metallindustrieller überliefert. Der Vorsitzende dieses Verbandes, Herr Direktor **J u n k**, nahm aber dieses Schreiben nicht an, sondern er ließ es uneröffnet an den Metallarbeiterverband zurückgeben. Das hat begrifflicherweise unter den beteiligten Arbeitern Erregung hervorgerufen, die zum Streikbeschluss führte, nachdem auch die Arbeiterausschüsse der einzelnen Gießereien keine Zusatzen erzielten konnten. Das Verhalten der Arbeiterausschüsse, die durchweg aus Mitgliedern des Metallarbeiterverbandes zusammengesetzt sind, wird in der nichtjohannismokratischen Presse recht eigenartig geschildert. Auf Befragen der Arbeitgeber sollen Arbeiterausschussmitglieder erklärt haben, daß sie gar keine Klagen vorzubringen hätten; sie seien nur vom Verbands vorgeschickt worden. Wie weit dies zutrifft, wird sich im weiteren Verlaufe der Dinge noch herausstellen. Der Streikbeschluss wurde am 7. März in 5 großen Versammlungen gefaßt; 3000 Former und Gießereiarbeiter sind daran beteiligt.

Die Arbeitgeber veröffentlichten am 17. März in der Presse eine längere „Erklärung“, in der sie angeben, daß der Verdienst der Former usw. viel höher sei, als wie er in den Vorschlägen gefordert wird, und daß der Streik vom Metallarbeiterverband nur aus agitatorischen Gründen hervorgerufen worden sei. Es wird in dieser „Erklärung“ weiter darauf hingewiesen, daß die nicht zum Metallarbeiterverbande gehörenden Arbeiter durch allerhand Schabernad, Verleumdungen und Verberben von Werkzeugen und ähnlichen Manipulationen zum Beitritt zu dieser Organisation gezwungen worden sind. Das ist für uns Gewerkschafter nun allerdings nichts Neues mehr, fennzuzunehmen aber die Situation, wie sie in Chemnitz liegt.

Am 17. März fanden nun 15 große Versammlungen statt, in denen beschlossen wurde, den Kampf weiter zu führen. Die Arbeitgeber hatten den Beschluß gefaßt, wenn die Arbeit am 20. März von den Formern nicht aufgenommen wird, erfolgt die Aussperrung von 10 000 Arbeitern. Das letztere ist nun auch eingetreten, und jetzt muß abgewartet werden, wie sich die Dinge weiter entwickeln werden.

Auch hier hat der Metallarbeiterverband die Sache wieder allein gemacht. Unsere Gewerksvereinskollegen, die nur vereinzelt in den Gießereien arbeiten, konnten natürlich als einzelne nicht stehen bleiben, sondern sind mit in den Streik eingetreten. Inwiefern die Gewerksvereiner von der Aussperrung betroffen worden sind, läßt sich bei Schluß der Redaktion noch nicht übersehen. Wir beschränken uns vorläufig auf die objektive Schilderung des Sachverhalts und behalten uns unsere weitere Stellungnahme in diesem Kampf vor.

Allgemeine Rundschau.

Dienstag, den 21. März 1911.

Die Veranstaltung einer Jugendkonferenz in Berlin wird in der letzten Nummer der „**Sonne**“ nochmals für Ostern angekündigt. Das ist ein Verrückung. Wie wir bereits mitgeteilt haben, hat der Jugendausschuß von Groß-Berlin, von dem die Anregung zur Einberufung einer Jugendkonferenz ausgegangen ist, in seiner letzten Sitzung vom 12. März beschlossen, die Konferenz bis auf

den Herbst zu vertagen, und zwar aus den von uns bereits angegebenen Gründen. Alle anderen Mitteilungen sind überholt und treffen nicht zu. Wir bitten nochmals davon Kenntnis zu nehmen.

Die verschiedenen Delegiertentage, die zu Ostern d. Js. stattfinden, werfen bereits ihre Schatten voraus. Sowohl der Gewerksverein der Textilarbeiter als auch der Gewerksverein der Frauen und Mädchen hat bereits die Tagesordnung verfaßt, die bei beiden eine große Fülle interessanter Beratungsmaterials enthält. Neben den Tagungen der genannten Gewerksvereine finden zu Ostern in Merseburg der Delegiertentag des mitteldeutschen und in Akenburg der Delegiertentag des sächsischen Ausbreitungsverbandes statt, und in Weizungen a. St. wird die Landeskonferenz der württembergischen Ortsvereine tagen. Bei diesen Zusammenkünften werden die die betreffenden Landesteile am meisten berührenden Fragen erörtert, und auch hierbei wird in der Regel viel praktische Arbeit geleistet.

Alle Tagungen fallen in eine Zeit des erfreulichen Aufschwungs unserer Organisation. Offenlich tragen auch die Beschlüsse, die dort gefaßt werden mit dazu bei, unserer guten Sache den Eingang in immer weitere Kreise zu erschließen zum Segen der gesamten deutschen Arbeiterchaft!

Ein außerordentlicher Fortbildungsschultag hat am vergangenen Sonnabend in Berlin stattgefunden, um Stellung zu nehmen zu dem Regierungsentwurf über die Pflichtfortbildungsschulen. Die Beiratsgremium war eine ungemein zahlreich. Vertreter waren aus den Kreisen der Handwerker, Kaufleute und Fortbildungsschullehrer erschienen; auch das preussische Handelsministerium hatte den Geh. Regierungsrat Dr. v. Seefeldt entsandt. Im allgemeinen fand der Entwurf eine anerkennende Beurteilung. Bemängelt wurde in der Hauptsache, daß man bei den großen Städten über 10 000 Einwohnern Halt gemacht und die Grenze nicht auf 5000 Einwohner ickgesetzt hat. Außerdem aber rügten es mit Recht namentlich die anwesenden Frauen, daß man die Pflichtfortbildungsschule nicht auch für das weibliche Geschlecht einführen will. Das Ergebnis der interessanten Verhandlungen war die Annahme mehrerer Resolutionen, worin u. a. auch die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Einführung der Schulpflicht für Mädchen von den Gemeinden und dem Staate beschleunigt wird und daß der Staat die Gemeinden bei der Errichtung von Mädchenfortbildungsschulen nach denselben Grundsätzen finanziell unterstützt wie die Fortbildungsschulen für die männliche Jugend.

Arbeiterbewegung. In Breslau haben die Solgarbeiter von neuem über die Fortführung des Streiks abgestimmt, wobei es sich erah, daß die Zahl der Streikmüden erheblich gestiegen ist. 371 Verbände stimmten für die Beilegung, 489 für Weiterführung des Kampfes. Da in Verbands für die Weiterführung eine Dreiviertel-Mehrheit erforderlich ist, bedeutet diese Abstimmung, daß die Arbeit wieder aufgenommen werden soll; das ist denn auch am Montag geschehen. — Zwischen den Straßenbahnern in Hamburg und der Direktion sind Differenzen ausgebrochen, weil diese zwar den Anstellten eine Erhöhung des Monatslohnes um 5 Mark gewährt hat, aber verlangt, daß die Arbeiter sich nicht organisieren. Es ist nicht ausgeschlossen, daß beim Verharren der Direktion auf diesem Serrentandpunkt es zum offenen Kampfe kommt. — Die Arbeiterbewegung der **M ö b e l p o l k e r** in **T a b e r z i e r** in Berlin nimmt ihren Fortgang. Der von den Unternehmerverbänden proklamierte Aussperrungsbeschluss ist bisher nur von einem Teil der Meister befolgt worden. Im ganzen sind etwa 500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigungslos. — In Halle a. S. und Umgegend sind die organisierten Steinleger ausgesperrt worden, weil es über den Abschluß eines neuen Tarifvertrages zu keiner Einigung kam. — Mit einem Erfolg für die Arbeiter wurde die Lohnbewegung der **B a r k e t t l e g e r** in **S t r a ß b u r a i. S.** abgeschlossen. Es wurde ein Tarif vereinbart, der eine wesentliche Erhöhung der Lohn- und Affordreise, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 9 Stunden und die Erhöhung des Zuschlages der Nachtarbeit von 20 auf 30 Pfennig pro Stunde bringt. — In **S o f i**. Bayern droht eine allgemeine Aussperrung in den Textilbetrieben. Bei drei Firmen sind bereits 650 Arbeiter auf das Bildhauer worden. — Der Streik der **B i l d h a u e r** in **B r e s l a u** ist mit einem Erfolg für die Arbeiter beendet.

In Antwerpen tagte vergangene Woche eine Seelente-Konferenz, die sich mit der Frage eines internationalen Seemannsstreiks beschäftigte. Die Anregung dazu war von englischer Seite ausgegangen. Namentlich die deutschen und belgischen Vertreter nahmen eine ablehnende Stellung ein, während von den Holländern, Engländern und Skandinavien ein internationaler Seemannsstreik warm befürwortet wurde. Bei der herrschenden Uneinigkeit darf angenommen werden, daß es nicht zum Ausstand kommt.

Die Zeit der Steuereinsparungen macht sich bereits wieder in einer Reihe von Zuschriften, die uns zugegangen sind, bemerkbar. Es dürfte deshalb angebracht sein, wieder einmal die wichtigsten Bestimmungen zusammenzufassen, die für die Arbeiter in Betracht kommen. Als Einkommen gilt nicht nur der Arbeitsverdienst des Mannes, sondern diesem Betrage ist auch der Verdienst der Ehefrau und der Kinder hinzuzurechnen. Auch alle sonstigen Einkünfte in Geld oder Geldeswert aus Kapitalvermögen, Grundvermögen, Pachtung, Mieten gehören dazu. Wenn also jemand ein Zimmer abvermietet oder Zinsen aus Spareinlagen bezieht, so gelten diese Beträge mit zum steuerpflichtigen Einkommen. Invaliden- und Altersrenten werden ebenfalls als Einkommen betrachtet, dagegen nicht die aus einer Krankenversicherung dem Arbeiter zulebenden Leistungen. Erwähnenswert ist ferner, daß das Einkommen der Arbeiter nicht mehr wie früher nach dem dreijährigen Durchschnitt, sondern nach den Ergebnissen des dem Steuerjahre unmittelbar vorhergehenden Kalenderjahres bemessen wird.

In Abzug gebracht werden dürfen von dem Einkommen die von dem Steuerpflichtigen zu zahlenden Schuldzinsen, dauernde Renten, die Beiträge zur Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung, Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, soweit diese Beträge zusammen die Höhe von 600 Mark jährlich nicht übersteigen. Auch die Beträge, die zu diesem Zwecke von der Frau und den Kindern entrichtet werden, dürfen abgezogen werden. Dasselbe gilt von den Versicherungsprämien, soweit sie nicht höher als 600 Mk. sind. Weiterhin sind abzugsfähig vom Einkommen auf Grund von Entscheidungen des Oberverwaltungsgerichts die von den einzelnen Arbeitern zu leistenden und aus dem Lohn zu bestreitenden Ausgaben zur Beschaffung von Werkzeugen oder Rohmaterialien, die Ausgaben für Fahrten zur Arbeitsstätte und ein angemessener Betrag für Abnutzung des von den Arbeitern etwa herabhaltenden Werkzeugs oder Arbeitskleidung. Gerade die Abzüge für die zuletzt genannten Ausgaben werden häufig von den Veranlagungskommissionen abgestritten. Es sei deshalb auf eine am 11. Februar 1908 in der Petitionskommission des preussischen Abgeordnetenhauses von Vertreter des Finanzministers abgegebene Erklärung hingewiesen, in der ausdrücklich die Abzugsfähigkeit der angeführten Beträge zum Ausdruck gebracht wird. Um Irrtümern vorzubeugen sei weiter bemerkt, daß die Ausgaben für Steuern und die Beiträge für die Organisation vom Einkommen nicht abgezogen werden dürfen.

Das sogenannte Kinderprivileg gestattet, daß die Steuerjahre beim Vorhandensein von zwei Kindern um eine Stufe, beim Vorhandensein von drei oder vier Kindern um zwei Stufen, beim Vorhandensein von fünf oder sechs Kindern um drei Stufen ermäßigt werden. Den Kindern gleich erachtet werden Familienmitglieder, denen auf Grund gesetzlicher Verpflichtungen Unterhalt gewährt werden muß.

Glaubt jemand zu hoch eingeschätzt zu sein, so muß er innerhalb 28 Tagen Einspruch bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission erheben. In diesem Einspruch brauchen nur die Höhe des wirklichen Einkommens und die zulässigen Abzüge einschließlich der Beweismittel enthalten zu sein. Ueber den Einspruch entscheidet die Veranlagungskommission, gegen deren Entscheidung wiederum innerhalb 28 Tagen Verurufung bei dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission einzulegen ist.

Eine verunglückte Arbeiterkandidatur. Vor kurzem konnten wir mitteilen, daß der Bahnschlosser Gustav Adler von den Nationalliberalen des Wahlkreises Göttingen als Reichstagskandidat aufgestellt worden sei. Leider wird jetzt aus der Sache nichts. Adler ist nämlich Vorsitzender des Kartells deutscher Staatsarbeiterverbände, und diesem scheint die Kandidatur Adlers nicht genehm zu sein. Eine Konferenz des genannten Kartells in Hannover hat nämlich beschlossen, Adler aufzufordern, entweder seine Reichstagskandidatur niederzulegen, oder vom Vorstoß im Kartell der deutschen Staatsarbeiterverbände zurückzutreten.

Welche Gründe für diesen Beschluß maßgebend gewesen sind, entzieht sich vorläufig unserer Kenntnis. Ob dem Kartell die Parteierrichtung nicht gefallen hat, oder ob es etwa gar meint, die Kandidatur Adlers könnte ein schlechtes Licht auf die Neutralität des Kartells werfen — gleichviel, wir bedauern diesen Beschluß, denn es ist unbedingt notwendig, daß Arbeiter den verschiedensten Parteien des Reichstages angehören.

Arbeitsfreude und Arbeitswechsel. Es ist eine Folge des modernen Produktionsprozesses mit seiner ständig fortschreitenden Arbeitsteilung, daß der Arbeiter durch die Einförmigkeit seiner Tätigkeit mehr und mehr zur Arbeitsmaschine herabsinkt. In Arbeiterkreisen wird diese Erscheinung überaus schwer empfunden, in Unternehmerkreisen wird sie vielfach überhaupt abgesehen. Da ist es interessant, wie sich ein bekannter Schulmann, der Stadtschulrat Dr. Kerschenteiner-München in der Halbmonatsschrift „Nord und Süd“ zu dieser Frage äußert. Er schreibt:

Wenn der Arbeiter an der einen Maschine seine höchste Leistungsfähigkeit entwickelt hat, beginnt naturgemäß das Interesse an der Bedienung dieser Maschine zu erlahmen. Warum stellt man nun nicht diesen Arbeiter rechtzeitig an die nächste Maschine, welche die Arbeitsprozeß der vorausgehenden fortsetzt? Gewiß, die Leistungsfähigkeit dieser nächsten Maschine wird unter der neuen Hand zunächst nicht auf ihrer vollen Höhe stehen. Auch der Lohn des Arbeiters wird vielleicht zunächst um einen größeren oder kleineren Betrag sinken. Arbeitgeber wie Arbeitnehmer werden also bei diesem Wechsel anfänglich nicht ohne Opfer durchkommen. Aber je höher die moralische Kraft der beiden ist, desto eher werden sie sich zu diesem Opfer entschließen. Wenn beide gewinnen schließlich mehr, als sie verloren haben. An der zweiten Arbeitsmaschine erweist der fleißig Ermüdete zu neuem geistigen Leben. Wieder sind ihm neue Aufgaben gestellt, wieder kann er täglich seine Leistungsfähigkeit wachsen lassen, wieder steigt der Lohn und vielleicht zu einem höheren Grade, als dies vorher möglich war. Immer mehr sieht er dabei die Zusammenhänge der Arbeitsprozesse seines Betriebes, immer mehr wird er sich der Verantwortlichkeit des einzelnen bewußt, dessen Arbeitsproduktion die Grundlage der Arbeitsleistung des nächsten Mitarbeiters ist.

Das sind im großen und ganzen durchaus verständliche Anschauungen. Die Frage, weshalb der Arbeiter sich nicht rechtzeitig an die nächste Maschine stellt, beantwortet sich der Verfasser des Aufsatzes ja selbst. Der Arbeiter verdient an der neuen Maschine nicht so viel wie er an der alten, an deren Handhabung er gewöhnt ist. Die Lohnverhältnisse sind aber meistens so unangünstig, die Lebenshaltung dagegen auf der anderen Seite so teuer, daß sich der Arbeiter den Luxus eines Beschäftigungswechsels nicht wohl leisten kann. Er muß an derselben Maschine bleiben auf Kosten seiner Arbeitsfreudigkeit.

Erheblich schwerere Einwände haben wir gegen die weiteren Ausführungen Kerschenteiners zu erheben. Er sagt nämlich weiter:

„Viele und schwere Hindernisse stehen der hier versuchten Lösung im Wege. Ich will nur auf eines der größten außerhalb der Betriebsorganisation hinweisen, auf die Parole der organisierten Arbeiter, daß die Lohnverhältnisse zwischen dem schlechten und vortrefflichen Arbeiter keine nennenswerten Differenzen aufweisen dürfen, und daß die quantitative Arbeitsleistung des hervorragenden Arbeiters über eine bestimmte von der Organisation vorgeschriebene Grenze nicht hinausgehen darf, eine Parole, wofür sie nicht unheilvoller gerade für das Aufsteigen des Arbeiterstandes selbst erachtet werden kann. Aber nichts stärkt alle diese Hindernisse besser, als das langsame, aber sichere Sinken der echten Arbeitsfreude durch die fortschreitende Arbeitsteilung.“

Von einer Parole der organisierten Arbeiter, daß die Lohnverhältnisse zwischen dem schlechten und dem vortrefflichen Arbeiter keine nennenswerten Differenzen aufweisen dürfen“ und daß die quantitative Arbeitsleistung des hervorragenden Arbeiters über eine bestimmte, von der Organisation vorgeschriebene Grenze nicht hinausgehen darf“, sollte Dr. Kerschenteiner doch nicht reden. Eine solche Parole gibt es einfach nicht. Umgekehrt wird ein Schuh daraus! Der Unternehmer strebt vielmehr danach, daß schlechte und gute Arbeiter keine nennenswerten Lohnunterschiede aufweisen. Denn wenn ein besonders geschickter und intelligenter Arbeiter im Afford einen gegenüber den übrigen Arbeitern besonders hohen Lohn sich erarbeitet hat, klug ist man mit Lohnförmigkeiten bei der Hand. Der Arbeiter verdient dann zwar, obgleich der Unternehmer von diesem geschickten Arbeiter größere Vorteile hat als von einem weniger geschickten; der Lohn wird reduziert. Daß unter solchen Umständen die Arbeiter ihre Arbeitskraft nicht übermäßig abnutzen, kann man ihnen nicht verdenken. Die Schäden tragen die Unternehmer ganz allein.

Wir sprechen Herrn Dr. Kerschenteiner keineswegs die gute Meinung ab. Zu seinen letzten Ausführungen aber läßt er erkennen, daß er die

Arbeitsverhältnisse doch zu sehr vom Standpunkte des Laien aus beurteilt.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches. Nach dem vorläufigen Ergebnis der Volkszählung vom 1. Dezember 1910 betrug die ortsansässige Bevölkerung für das gesamte Reich 64 903 423 (32 031 967 männliche und 32 871 456 weibliche) Personen. Die Volkszählung vom 1. Dezember 1905 hatte 29 884 851 männliche und 30 756 638 weibliche, zusammen 60 641 489 Personen ergeben; somit ist die Bevölkerung in den letzten fünf Jahren um 4 261 934 Personen oder um 7,03 vom Hundert gewachsen. Die männliche Bevölkerung hat um 2 147 116 Personen oder 7,18 vom Hundert, die weibliche um 2 114 818 Personen oder 6,88 vom Hundert zugenommen. Auf je 1000 männliche Personen kamen im Jahre 1910 1026 weibliche. Seit der Volkszählung 1905 ist in allen Bundesstaaten eine Zunahme der Bevölkerung eingetreten. Am größten war sie, abgesehen von den drei Hansestädten Lübeck, Bremen und Hamburg, wo sie 10,1, 13,4 und 16,1 vom Hundert erreicht, im Großherzogtum Oldenburg (9,9 vom Hundert), im Königreiche Preußen (7,7 vom Hundert), im Königreiche Sachsen (6,5 vom Hundert), in Baden (6,5 vom Hundert), in Sachsen-Anhalt (6,1 vom Hundert) und im Großherzogtum Hessen (6,0 vom Hundert).

Die Zahl der Großstädte, d. h. der Städte mit mehr als 100 000 Einwohnern, ist seit 1905 von 41 auf 47 gestiegen. Zu diesen 47 Großstädten, die insgesamt 13 709 863 Einwohner oder 21,12 Prozent der gesamten Reichsbevölkerung zählen, ist noch eine Landgemeinde mit mehr als 100 000 Einwohnern hinzuzutreten, nämlich Samborn mit 101 718 Einwohnern.

Ueber den Umfang der Seimarbeiter in England

wurden im Februarheft des „Reichs-Arbeitsblatt“ interessante Mitteilungen gemacht, die um so beachtenswerter erscheinen, als gerade England auf dem Gebiete des Seimarbeiterwesens recht energische Schritte getan hat. Nach den Mitteilungen des „Reichs-Arbeitsblatt“, die sich auf amtliche Zahlen stützen, wurden im Jahre 1908 von den mit der Kontrolle der Seimarbeiterstätten betrauten Medizinalbeamten im ganzen 93 443 Seimarbeiterwohnungen besichtigt. Die Besichtigung führte zu 2022 Beanstandungen in bezug auf Räumlichkeiten, in denen sich der Aufenthalt als ungesund erwies. In 1616 Fällen wurden schriftliche Auflagen zur Verbesserung der ungesunden Räume erlassen. In 9 Fällen wurde ein Strafverfahren eingeleitet. In 1154 Fällen wurden die Räume beanstandet, weil sie durch ansteckende Krankheiten verunreinigt waren.

Die ungefähre Zahl der Seimarbeiter in Großbritannien wird nach den Berichten der Medizinalbeamten, die sich auf die von den Arbeitgebern unzureichenden Listen stützen, auf 101 172 im Jahre 1908 angegeben. Den weitaus größten Anteil an dieser Zahl hat das Bekleidungs-gewerbe mit 84 177 (gegen 93 939 im Jahre 1907). Dann folgt die Spitzenindustrie mit 3521 (5402) und die Herstellung von Papiertüten und Pappschachteln mit 2381 (2636). Aus den vorliegenden Berichten ergibt sich ein weitestlicher Rückgang der Seimarbeiter, denn es wurden im Jahre 1908 über 13 000 Seimarbeiter weniger gezählt. Vor allem ist der Rückgang in England und Wales beträchtlich, und hier ist es namentlich die Bekleidungsindustrie, in der 1908 fast 10 000 Personen weniger beschäftigt wurden als 1907. Verhältnismäßig stark abgenommen hat die Seimindustrie ferner in der Herstellung von Spizen und Tüll, in der galvanischen Industrie und in der Wollkämmerei.

In Deutschland wurden im Jahre 1907 170 712 männliche und 234 350 weibliche Hausgewerbetreibende einschließlich der Betriebsleiter und der mithelfenden Familienangehörigen gezählt. Die Methoden der Erhebungen sind indessen in beiden Ländern völlig verschieden. Deshalb ist es nicht angängig, Vergleiche zwischen den beiderseitigen Zahlen zu ziehen.

Für die Gründung eines Arbeitersekretariats in Niederschlesien macht eine Adressliste Propaganda, die wir gern den in Frage kommenden Ortsverbänden zur Beachtung unterbreiten möchten. In dem Schreiben heißt es:

„In Nr. 10 des „Regulator“ befindet sich ein Artikel aus Niederschlesien, der sich mit den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in den dortigen Häutenbetrieben beschäftigt und zeigt, wie verheerungsbedürftig dieselben sind. Auch ich kenne die dortigen Zustände genau und möchte deshalb zur Verrückung derselben den Kollegen einen praktischen Vorschlag machen. Erstes: Bände, welche mehr als 800 Mitglieder zählen, müssen endlich dazu übergehen, Arbeitersekretariate zu gründen. Den Einwand, wir haben kein Geld dazu,

möchte ich nicht gelten lassen. Wenn jeder etwas dazu beibringt, läßt sich die Sache schon machen. Denn wir dürfen die für unsere Organisation günstigen Gegenstände nicht verloren gehen lassen. Wenn man sieht, mit welcher Erbitterung in allen Gauen unseres Vaterlandes gekämpft wird, muß man sich fragen, daß alle Kräfte aufgebracht werden müssen, und daß es nicht angebracht ist, wo der Kampf leichter ist, sich der Gleichgültigkeit hinzugeben. Auch hier kommen die Mitglieder nicht von selbst, und man muß beizeiten Vorkehrungen treffen, daß man nicht vom Gegner an die Wand gedrückt wird. Wer von Ort zu Ort kommt und sieht, wie die Gegner, ganz gleich ob schwarz ob rot, alles zu vernichten suchen, was die Gewerbetreibenden geschaffen haben, der muß sich unbedingt sagen, daß wir vor allen Dingen dort, wo wir eine günstige Position haben, alles aufrechten müssen, um diese Position zu behaupten und zu befestigen. Und selbst wenn das mit größeren Opfern an Zeit und Geld verbunden ist, dürfen wir sie nicht scheuen; denn schwerer als eine ererbte Stellung zu verteidigen ist es, sich eine neue erst zu schaffen.

Süd-, West- und Norddeutschland sind in der Gründung von Arbeitersekretariaten mit gutem Beispiel vorangegangen. Der Osten unseres Vaterlandes steht dagegen noch zurück, und auch in Niederschlesien kennen wir noch keine solche Einrichtung. Fast scheint es, als wenn man dort nicht den Mut dazu besäße; denn es ist nicht anzunehmen, daß es bei den dortigen Kollegen an der nötigen Opferwilligkeit fehlt. Deshalb richte ich an die Kollegen von Niederschlesien den dringenden Appell, frisch aus Berlin zu gehen und sich ein Arbeitersekretariat zu schaffen. Der Erfolg wird die aufgewandten Kosten sicherlich lohnen. Die stolze Hochburg der Gewerbetreibenden darf hinter anderen Gegenden nicht zurückbleiben. Deshalb prüft meinen Vorschlag in Euren Verbandsversammlungen und schreibt bald zur Tat! W. Salomon, Atern."

Wir wünschen aufrichtig, daß die wohlgemeinten Mahnungen des Kollegen Salomon nicht ungehört verhallen.

Die 438. Veranstaltung des Vereins für Volkserhaltung findet am Sonntag, den 26. März, abends 7 Uhr, im Bürgeraal des Rathauses statt, wobei mitwirken werden: Fräulein Theresie Jund (Gesang), Herr Dr. Oscar Daniel (Gesang), Fräulein Jeanne Robert (Rezitation) und Jafcha Spivakowski (Klavier).

Gewerbereins-Teil

§ Dessau. Vor einiger Zeit hatte unser Ortsverband beim Gemeinderat einen Antrag gestellt, der sich mit der Einführung ausländischen Fleisches beschäftigte. In der letzten Gemeinderatssitzung kam diese Frage zur Erörterung, was auch unserem Kollegen, dem Stadtvorordneten R. Kleinmann, Gelegenheit gab, dazu Stellung zu nehmen. Seine Begründung unseres Antrages ist natürlich auch die Gegner auf den Plan, die geltend machten, daß das im Auslande gekaufte Fleisch, wenn es hierher kommt, schlecht wäre und von frischem Vieh komme. Sie verteidigten auch die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung, weil sie dabei selbst die besten Geschäfte machen. In gebührender Weise wurden diese Herren zurückgewiesen. Der Magistrat selbst ist von der bezüglichen Staatsregierung erlucht worden, der Frage der Fleischsteuerung seine Aufmerksamkeit zu widmen. Er hat sich darauf mit verschiedenen Städten in Verbindung gesetzt, von denen die meisten sehr gute Erfolge zu verzeichnen haben. Auch die Karl Feiß-Werte in Jena

sind in der Lage gewesen, daß von ihnen selbst aus dem Auslande bezogene Fleisch wesentlich billiger zu liefern, als die dortigen Fleischermeister. Unsere Nachbarstadt Roglau hat allerdings in dem Bezuge des Fleisches erheblich zugelegt. Es wurde auch angeführt, daß in England die einheimische Viehproduktion nur 54 pCt. des Fleischbedarfes deckt, während der Rest eingeführt wird. In Deutschland ist es leider durch Reichsgesetz verboten, Fleisch in zerteiltem Zustande einzuführen. Das Ergebnis der Beratungen war, daß der Gemeinderat beschloß, an die bezügliche Staatsregierung eine Petition zu senden, in welcher gebeten wird, für die Aufhebung des § 12 des Reichsviehschutzgesetzes (Beseitigung der Sperre für die Einführung ausländischen Fleisches in zerteiltem Zustande) einzutreten. Ferner wurde eine Kommission gewählt, welche sich mit der Frage der Beschaffung ausländischen Fleisches nach Dessau beschäftigen soll. Offenlich gefingt es dadurch, daß wir schon zum Herbst billiger Fleisch bekommen.

§ Mainz. Am Sonntag, den 12. März, hielt unser Ortsverband seine erste diesjährige Versammlung im Vereinslokal des Vereins der Deutschen Kaufleute ab. Die Beteiligung war erfreulichermesse so stark, daß der Saal sich als viel zu klein erweist. Die Kollegen von Mühlheim a. M. hatten es sich nicht nehmen lassen, an der Veranstaltung teilzunehmen und waren nach 2 1/2 stündigem Marsch hier angelangt. Die Präsenzliste ergab, daß sieben Ortsvereine vertreten waren. Nachdem die Vertreter der neu eingetretenen Vereine, nämlich des Vereins der Deutschen Kaufleute Mainz und des Brauereigenossen-Vereins Wiesbaden begrüßt waren, hielt Kollege Meffert einen Vortrag über die Entwidlung der Deutschen Gewerbetreibenden in welchem er uns ein anschauliches Bild von der Entstehung unserer Organisation bis zur heutigen Zeit gab. Auch die grundsätzlichen Differenzen zu den anderen Organisations-Einrichtungen wurden eingehend erläutert und die Leistungen der verschiedenen Organisationen gegenübergestellt. Der Kollege Kling vom Verein der Deutschen Kaufleute behandelte in einem interessanten Referat das Vereinsleben, worin er namentlich die Zustände im kaufmännischen Berufe eingehend erörterte. Neben Rednern wurde lebhafter Beifall gesollt. In der regen Diskussion stimmten ihnen die Kollegen freudig zu.

In der gemeinsamen Vorstandssitzung wurde auch die Gründung einer Rednersektion bezw. eines Diskussionsklubs beschlossen. Zu Leitern wurden die Kollegen Eulenbruch, Meffert und Kling bestimmt. 25 Kollegen haben sich zur Teilnahme bereit erklärt, und auch an die übrigen Kollegen ergoht hiermit die Mahnung, die Bestrebungen des Klubs zu unterstützen und damit dafür zu sorgen, daß recht viel tüchtige Vorkämpfer für unsere Sache herangebildet werden. Karl Adolf Eulenbruch, Ortsverb.-Sekretär.

§ Ludwigsburg. Am 15. März fanden hier selbst die Wahlen zum Gewerbegericht statt, bei denen es unsrer Kollegen gelang, von sechs Arbeitseigner-Beisitzern zwei durchzubringen.

Verbands-Teil

Versammlungen.

Berlin. Distrikttarif der Deutschen Gewerbetreibenden (S. D.). Verbandsversammlung der Deutschen Gewerbetreibenden, Greifswalderstr. 221/23. Mittwoch, 22. März, abds. 8 1/2 Uhr Vortrag des Kollegen Lewin über: „Sozialpolitik“. Volzhilf. Erklärungen unbedingt erw. — **Gewerbereins-Kleberstapel (S. D.).** Jeden Donnerstag abds. 9—11 Uhr, Nebungsstunde i. Verbandsbause, der Deutschen Gewerbetreibenden (Grüner Saal). Gäste willk. — **Sonntagsabds. 25. März.** Maschinenausschuss und Metallarbeiter I. Abds. 8 1/2 Uhr Versammlung bei Weichert, Bergstr. 69. Vortrag des Kollegen Joseph über den:

„Gewerbegerichtstag“. Anträge zum Delegiertentag. — **Maschinenausschuss u. Metallarbeiter II. Abds. 8 1/2 Uhr** Ortsversammlung mit Damen im großen Saale Fruchtstr. 26 a. I. Mitteilungen. II. Richtberichterstattung des Lehrers Herrn Rose: „Eine Wanderung durch das Riesengebirge“. Anschließend Tanzgängen. — **Maschinenausschuss u. Metallarbeiter III. Abds. 8—10 Uhr** Jahrlabend bei Rabau, Waldstr. 58. — **Maschinenausschuss u. Metallarbeiter V. Abds. 8 1/2 Uhr** Versammlung bei Schumacher, Stallhofstr. 126. Anträge zum Delegiertentag. — **Maschinenausschuss und Metallarbeiter VII.** Die Versammlung am 25. März aus, Dafür großes Eisbeinfest Gerlachstr. 71. Gäste willk. — **Maschinenausschuss und Metallarbeiter VIII.** Abds. 7 Uhr, Besichtigung des Städtischen Obdachs, Großstr. 16, mit Damen. Treffpunkt bis 9/4 Uhr Volksgarten Bldg. Schulz, Prenzlauer Allee, Cafe Danzigerstr. Radfahrer 7 Uhr Hauptzugang. Gäste willkommen.

Orts- und Bezirksvereine.

Cottbus (Distrikttarif). Sitzung eben 2. u. 4. Donnerstag im Monat bei Janßen, Sandowstr. 42. — **Ludwigsburg (Distrikttarif).** Eben 1. und 3. Sonntagabend im Monat abds. 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Dörfelmann, Friedrich-Wilhelmstr. Distrikttarifen. — **Dörfelmann (Volkswirtschaftliche).** Jeden Sonntag, abds. von 9—11 Uhr i. Verbandsbause, Kurfürststr. 29, Sitzung. — **Eiserfeld-Baumens (Arbeiterband).** Eben 1. Donnerstag im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Bezirksversammlung bei Roggenkämpfer, Eiserfeld, Aulendorf- und Geholungsstr.-Eck. — **Geisenkirchen (Arbeiterband).** Jeden ersten Sonntag im Monat Ortsverbandssitzung, Bezirksversammlung, vormittags 10 Uhr im Bezirkslokal G. Simon, Altes Markt. — **Haarles b. Barchen.** Eben 2. Sonntagabend im Monat, abds. 8 1/2 Uhr, Distrikttarifen bei Rudewig. — **Halle a. S. (Ortsv.).** Der Distrikttarif sind, bei 1. Sonntagabend i. Monat i. Passage-Ref. Hr. Brauhausstr. 1. — **Hamburg (Ortsverb.).** Jeden Mittwoch abds. 8 1/2 Uhr präz. in Hüttmanns Hotel, Roßstr. Distrikttarifen. — **Herrnhut (Distrikttarif).** Jeden Mittwoch 8 1/2 Uhr bei Janber, Dörfelmann (Distrikttarif). — **Hannover-Küchen u. Umgegend (Ortsv.).** Sonntagabend, 25. März, abds. 8 1/2 Uhr, kombinierte Auskündigung der Fabrik- und Handarbeiter in der „Königsstr.“ Referent: Kollege J. Raab-Burg. Gewerbetreibendekollegen willkommen. Sonntag, 26. März, nachmittags 8 Uhr, erste diesjährige Wahlenversammlung bei Herrn Wg. Warmbold in Rißburg, Gohausstr. Zur Hand. — **H. D. Vortrag über: „Die Notwendigkeit der Berufsorganisation.“** Referent: Kollege J. Raab-Burg. Damen herzlich willkommen. — **Leipzig (Gewerbereins-Kleberstapel).** Die Nebungsstunde finden eben Mittwoch abds. 9 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Stadt Hannover“, Seeburgstr. 25, statt. Gäste und stimmbegabte Mitglieder sind verz. willkommen. — **Lippstadt (Ortsverband).** Sonntag, 26. März, nachm. 2 Uhr, Auskündigung, 4 1/2 Uhr Ortsverbandssitzung im Fiedrichsdorf. Vortrag des Kollegen Joachimsmeier. — **Mühlheim a. M. (Ortsverband).** Eben zweiten Sonntag im Monat, vormittags 10 Uhr, Bezirksversammlung beim Wirt Joh. Müller, Sandowstr. 88. — **Neustadt (Ortsverband).** Sonntag, 26. März, nachm. 8 Uhr im Säulenhause. Ref.: Kol. Reußel-Berlin. — **Nettin (Sängerchor der Gewerbetreibenden).** Die Nebungsstunden finden eben Dienstag abds. 8 1/2 Uhr im Lokal Rebel, Poststr. 5, statt. Stimmbegabte Kollegen sind verz. willk. — **Regel (Distrikttarif)** bei Regel, Postgasse und Reinickendorf. Sitzung eben Dienstag Abend von 8 bis 10 Uhr bei Reiner, Berlinstr. 88. Gäste willkommen. — **Weichenfels a. S. (Ortsverband).** (Ortsverbandssitzung der Gewerbetreibenden). Nebungsstunde jeder Dienstag, abds. 8 1/2 bis 11 Uhr im Vereinslokal „Schweizerhaus“, Säulengasse. Ortschaftliche Gewerbetreibendekollegen sind willkommen. — **Weichenfels (Distrikttarif der Gewerbetreibenden).** Jeden Mittwoch 9—11 Uhr Sitzung im Ref. „Schweizerhaus“.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung angenommen.

Jeder Kunststiftliche Jeder Ortsvereinsbibliothek ist dringend die Anschaffung des

Lexikon des Arbeitsrechts,

herausgegeben von W. Eiser, zu empfehlen.

Das 228 Seiten starke, im Lexikonformat gehaltene Buch ermöglicht durch seine übersichtliche Anordnung die sofortige und eingehende Orientierung in allen Fragen des Arbeitsrechts. Es ist ein unentbehrliches Handbuch für jeden Kollegen, ein Ratgeber, der die schnelle Erteilung von Auskünften sichert.

Das Buch ist zum Vorzugspreise von 4,20 Mk. inkl. Porto gegen Einsendung des Betrages durch den Verbandskassierer Kollegen R. Klein, Berlin NO. 56, Greifswalderstr. 221/23, zu beziehen.

FAHNEN

Vereinsabzeichen etc. Auf Wunsch Anfertigung gratis u. franco. OppelnerFahnenfabrik Herrn. Hirsch, Oppeln.

Wanne (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten auf dem Bureau der Bergarbeiter, Bahnhofstr. 207, eine Reiseunterstützung von 75 Pfg. Dasselbe Arbeitsnachweise.

Hamburg-Wilona (Ortsverb.). Die Rechtsankunftskarte befindet sich beim Kollegen G. Dehler, Hamburg, Elmstr. 19, III. Sprechzeit wochentags von 6—8 Uhr abds., Sonntags von 10—12 Uhr vormittags.

Rothenbach und Umgegend (Ortsverband). Reiseunterstützung, 85 Pfg., erhalten durchreisende Gewerbetreibende beim Kollegen Gust. Pichel, Bauverein Nr. 85, Rothenbach i. Schl. Verbands-Herberge: Wasthof zum Klara-Schacht.

100 Stück gute 6 Pfg.-Zigarren für Mk. 3.—
 Ein Pack enthält 100 Stück. Die Zigarren sind von der besten Qualität und eignen sich für jeden Anlass. Preis 3 Mk. inkl. Porto.

Jena (Ortsverband). Durchreisende erhalten 75 Pfg. Unterstützung bei Carl Müller, Greifswalderstr. 221/23, Ecke Oberlaugengasse.

Dörfelmann (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 1 Mark Unterstützung im Gewerbevereinsbureau, Burgmündstr. 24 I. Außerdem erhalten dieselben durchreisende Former 75 Pfg. von der Former-Sektion. Auch der Arbeitsnachweis ist dort.

Worms (Ortsverb.). An durchreisende Kollegen wird eine Unterstützung von 70 Pfg. gezahlt vom Kassierer Dito Kneller, Waggasse 12.

Primmensan (Ortsverb.). Durchreisende Kollegen erhalten 75 Pfg. Unterstützung, Markenausgabe beim Kol. K. Kam, Slogauerstr. 18.

Ortsverband. Die Unterstützung an durchreisende Gewerbetreibendekollegen wird angezahlt bei Franz Wagner, Gera, Bärentgasse 11.

Essen (Ruhr). Herberge zur Heimat, Arbeitsnachweis u. Befreiungskarten im Gewerbevereinsbureau, Frohnhauserstr. 53.

Verantwortlicher Redakteur Leonor Lewin, Berlin NO., Greifswalderstr. 221/23. — Druck und Verlag: Goebcke u. Gallinet, Berlin W., Potsdamerstr. 110.